

Lucia Puttrich

- (A) stärkt nachkommen. Bei Ihnen dreht sich beinahe alles um staatliche Reglementierung und Bevormundung. Ein Rundum-sorglos-Paket für die Verbraucher ist in der Realität schlichtweg nicht möglich. Das ist eine populistische Täuschung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir werden mit schlüssigen und durchgreifenden Einzelmaßnahmen den finanziellen Verbraucherschutz dauerhaft verbessern. Damit garantieren wir Freiheit und Verantwortung als Grundprinzipien des Finanzmarktes und letztlich auch unserer sozialen Marktwirtschaft. Deshalb lehnen wir die Anträge der Linken und der Grünen ab.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Elvira Drobinski-Weiß von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir hier zum wiederholten Male über das Thema Finanzmarkt diskutieren – das letzte Mal gestern Abend –, zeigt, dass der Markt gerade für Finanzdienstleistungen überhaupt nicht funktioniert.

(B)

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Nein!)

Bei vielen Anlageprodukten sind weder Risiken noch Kosten für den Normalverbraucher – ich denke, um den geht es hier in erster Linie – durchschaubar. Viele Produkte sind so komplex, dass oft auch Finanzvermittler sie nicht verstehen. Das heißt, die Nachfrageseite kann ihre Aufgabe, gute Angebote von schlechten zu unterscheiden, nicht wahrnehmen.

In der Praxis, so haben wir erfahren, ist die Höhe der Provision oft viel wichtiger, als etwa die Risikobereitschaft des Kunden oder dessen Lebenssituation zu berücksichtigen. So bekommen etwa Rentner mit geringem Vermögen Anlagen aufgeschwatzt, die nicht einmal vermögende Kunden in ihrem Portfolio haben. Als Folge wird nicht nur der sprichwörtlich kleine Mann um seine Ersparnisse gebracht; vielmehr sind auch die volkswirtschaftlichen Schäden immens. Hinzu kommt eine Finanzaufsicht, die mangels Kompetenzen oft tatenlos usehen musste, wie windige Anlagebetrüger Schrottimmobilien an den Mann gebracht oder einen finanziellen Giftcocktail angerührt haben.

Hiermit ist klar: Wir brauchen einen wirklichen Ausbau des Verbraucherschutzes im Bereich der Finanzdienstleistungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir, die SPD, haben gestern Abend mit unserem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, ein schlüssiges – ich

betone: schlüssiges – Gesamtkonzept für einen verbrauchergerechten Finanzmarkt vorzulegen. Denn Anleger wollen, einfach gesagt, über Produkte verständlich informiert und ihrer Lebenssituation entsprechend beraten werden. Dazu sollten Standards für die Qualifizierung der Berater ebenso selbstverständlich sein wie korrekte, vollständige und vor allem miteinander vergleichbare Produktinformationsblätter. Die Vorschläge der Bundesregierung hierzu reichen keinesfalls aus. Wir brauchen verbindliche Muster.

(Beifall bei der SPD)

Anleger wollen sicher sein, dass alle für Investitions- und Anlagezwecke infrage kommenden Produkte und ihre Vertriebswege gleichen Anforderungen entsprechen müssen. Anleger erwarten eine funktionierende Finanzaufsicht, die Missstände sowohl bei den Unternehmen und den Produkten als auch bei der Beratung aufdeckt, verfolgt und sanktioniert. Anleger wünschen sich eine starke, unabhängige Verbraucherorganisation, die entsprechende Kapazitäten sowohl personell als auch finanziell aufweist, um ihrerseits den Markt zu beobachten, schwarze Schafe mit Abmahnungen und Klagen vom Markt zu drängen und unabhängig beraten zu können. Eine Stärkung der Verbraucherorganisationen ist aber in den Plänen von Frau Aigner nicht vorgesehen.

Die Verbraucherschutzministerin Frau Aigner hatte schon vor anderthalb Jahren den Anlegerschutz zur Chefsache erklärt und kündigt seitdem regelmäßig gesetzliche Maßnahmen an. Leider ist es wie so oft bei diesen Ankündigungen geblieben. Auch an Finanzminister Schäubles unzureichendem Arbeitsentwurf zur Stärkung des Anlegerschutzes wurde das Ministerium, also das BMELV, mit einer Frist zur Stellungnahme von gerade einmal drei Stunden beteiligt. Inzwischen ist der Entwurf, der ursprünglich am 23. Juni im Kabinett vorgelegt werden sollte, auf die lange Bank geschoben worden. Wir wissen, warum: damit Lobbyisten diesem Entwurf, der kein guter ist, auch noch die letzten Zähne ziehen können.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wie viele Studien und Erhebungen, die auf die problematische Situation auf dem Finanzmarkt aufmerksam machen, brauchen wir noch, damit die Regierung aktiv wird?

Frau Aigner, die leider auch heute wieder nicht da ist – das Thema scheint ihr also doch nicht so wichtig zu sein –

(Otto Fricke [FDP]: Sie ist doch durch eine gute Staatssekretärin vertreten!)

– ganz genau, dann spreche ich eben Frau Klöckner an –, möchte ich fragen: Verstehen denn Sie die von Ihnen vorgeschlagenen Formulierungen für die Produktinformationsblätter? Gestatten Sie mir ein Zitat:

Die Kursentwicklung des Zertifikats sowie die Höhe der Auszahlung hängen von der Entwicklung des Basiswertes ab. Der Anleger erwirbt das Zertifikat am Emissionstag zu einem Preis, der niedriger

Elvira Drobinski-Weiß

- (A) ist als der Kurswert des Basiswertes am Emissionstag (Diskont).

(Otto Fricke [FDP]: Klar!)

Im Gegenzug kann er nur begrenzt (max. bis zum Höchstbetrag) an einer Wertsteigerung des Basiswertes partizipieren.

Ich gehe davon aus, dass Sie alle das verstanden haben

(Otto Fricke [FDP]: Ja!)

und natürlich auch die Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Beispiel macht doch deutlich: Wir brauchen einen entsprechenden Schutz für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir haben in unserem gestern debattierten soliden und umfassenden Antrag deutlich gemacht, wie wir uns diesen vorstellen. Ich kann Sie nur auffordern, sich in diesem Sinne weiter einzubringen. Echter verständlicher Verbraucherschutz ist nämlich wahrlich wichtig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Frank Schäffler von der FDP-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frank Schäffler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die beiden vorliegenden Anträge sind unterschiedlich zu beurteilen. Ich will mich zuerst mit dem Antrag der Linken beschäftigen. Was die Linken hier vorge schlagen haben, ist, wie ich glaube, ein Schnellschuss.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Damit wird man den Problemen, die wir in der Finanzberatung und bei der Vermittlung von Finanzprodukten in Deutschland haben, nicht gerecht. Sie werden dem deshalb nicht gerecht, weil Sie hier Instrumente erwähnen, die Sie ansonsten an anderer Stelle ablehnen.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Der Finanz-TÜV ist Ihre Allzweckwaffe, um die Qualität der Finanzprodukte in Deutschland zu verbessern. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal beim TÜV waren, aber eine Untersuchung beim TÜV zeichnet sich dadurch aus, dass ein Auto formal geprüft wird, ob es den technischen Normen entspricht, wofür, anders als Sie es vielleicht erwarten, die Kunden, also die Auftraggeber, den TÜV bezahlen. Genau das kritisieren Sie aber an anderer Stelle immer wieder: Denn auch Ratingagenturen werden von den Auftraggebern faktisch dafür bezahlt, dass sie Ratings über bestimmte Finanzprodukte erstellen. Das, was Sie hier fordern, entspricht also genau dem Ablauf, wie

er sich aktuell am Markt bei Ratings darstellt. Doch genau diesen Ablauf kritisieren Sie. (C)

Wir müssen uns sicherlich intensiv über den Missbrauch am Finanzmarkt unterhalten. Hierfür gibt es viele historische Beispiele.

Über Phoenix haben wir nicht nur gestern Abend im Parlament diskutiert, sondern schon des Öfteren seit 2005, also faktisch noch zur rot-grünen Regierungszeit,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Phoenix Kapitaldienst!)

hat dieses Thema dieses Haus beschäftigt. Das sind Vorgänge, die auf dem regulierten Markt passiert sind und die von der BaFin sowie der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen hätten kontrolliert werden müssen. Hier haben allerdings die Institutionen, die wir dafür geschaffen haben, deutlich versagt, obwohl sich das Ganze nicht einmal in einem unregulierten Bereich abgespielt hat. Im regulierten Bereich hat sich also einer der größten Betrugsskandale in Deutschland abgespielt. Nach wie vor warten 20 000 Anleger auf einen Großteil ihres Geldes. Zugleich müssen die Zwangsmittglieder der EdW, obwohl sie diesen Schaden nicht mitverursacht haben, dafür bezahlen. All das hat in einem sehr stark regulierten Bereich stattgefunden.

Ein weiteres aktuelles Beispiel ist der Fall Kiener. Auch hier spielte sich alles im regulierten Investmentfondsbereich ab.

Daran sehen Sie, dass es nicht reicht, neue Behörden oder neue Institutionen bzw. neue Aufgabenfelder zu schaffen. Entscheidend ist vielmehr, dass die materielle Regulierung verbessert wird, dass tatsächlich die Qualität der Regulierung verbessert wird. Daran hapert es in Deutschland. Deshalb sollte man aus meiner Sicht zwei Dinge anpacken: (D)

Wir müssen zum einen dafür sorgen, dass schwarze Schafe vom Markt entfernt werden. Das erreicht man am ehesten, indem man einen konsistenten Finanzdienstleistungsmarkt schafft, auf dem es keine Arbitrageeffekte gibt, auf dem es keine Möglichkeit zum Ausweichen auf andere Bereiche gibt, zum Beispiel zu den geschlossenen Fonds. Diese Lücke wollen wir – wir sind gerade dabei – mit dem Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes schließen. Wir wollen, dass es keine Ausweichmöglichkeiten am Markt gibt. Wir wollen, dass es einheitliche Standards gibt, was die Haftung betrifft, dass es einheitliche Standards gibt, was die Ausbildung betrifft, und dass es einheitliche Standards gibt, was die Versicherungen betrifft. Diese Standards sind notwendig, damit es diese Arbitrageeffekte am Markt nicht gibt. Nach der Sommerpause werden wir Vorschläge zur politischen Umsetzung vorlegen.

Mir ist zum anderen wichtig, dass uns klar wird, dass nicht nur die schwarzen Schafe das Problem in Deutschland sind. Ganz entscheidend ist, dass wir die Qualität der Produkte und der Produktvermittlung verbessern. Natürlich kann man in diesem Zusammenhang noch mehr Dokumentation und noch mehr Produktinformationen fordern. Man kann noch mehr Papier produzieren.